

# Feuilleton

**J**EKATERINBURG, im Juli Jekaterinburg, die russische Industriemetropole im Ural, hat einen neuen Spitznamen. „Stadt der Teufel“ (gorod besow) wurde in diesem Sommer zu einem Motto, das lokalpatriotische T-Shirts, Anoraks, Autoaufkleber zierte und ein neues Selbstbewusstsein der urbanen Zivilgesellschaft zum Ausdruck bringt. Denn diese errang einen wichtigen Etappensieg, als nach Protesten gegen ein gigantisches Kirchenbauprojekt jetzt eine Expertenkommission über einen alternativen Standort und ein alternatives Projekt entscheiden soll, nicht ohne die Bürger dazu zu befragen. Während der Proteste im Mai, an denen vor allem Jugendliche und liberale Intellektuelle beteiligt waren, hatte der Starpropagandist des russischen Staatsfernsehens, Wladimir Solowjow, Jekaterinburg als „Stadt der Teufel“ geschmäht, und der Metropolit der Region verglich die Demonstration sogar mit der Erschießung des letzten Zaren vor hundertem Jahr an diesem Ort. Doch seit anonyme Künstler vorigen Monat Solowjows Schimpfnamen ans Straßenschild bei der Stadteinfahrt befestigten, hat er sich in ein stolzes Markenzeichen verwandelt.

Er hoffe, dass der anvisierte Weg des Dialogs die von den Machthabern verschuldete Krise überwinden helfen und für ganz Russland ein positives Signal setzen könne, erklärt der Jekaterinburger Historiker Alexej Mossin, der alle Phasen der Proteste begleitete und jetzt in der Kirchenbaukommission sitzt. Mossin befürwortet den Neubau einer Kirche zu Ehren der Heiligen Katharina, der Namenspatronin der Stadt, nachdem die alte Katharinenkirche 1930 von der Sowjetmacht zerstört worden war. Doch den siebzig Meter hohen Megatempel samt Hotel, den der Gouverneur Jewgeni Kuwaschew, die Oligarchen und Hauptsponsoren Igor Altuschkin und Andrej Kosizyn und Metropolit Kirill ohne öffentliche Debatte ausgeheckt hatten und dem sie den beliebten Park am Stausee in der Innenstadt opfern wollten, findet er inakzeptabel. Zu dessen Hauptbefürwortern gehörte der Oberpriester Maxim Menjailo, der gerade mit hohen Militärs konferiert hat, als wir ihn in der Zaren-Gedenkbibliothek treffen. Vater Maxim erregt sich jetzt noch über die „politischen Terroristen“, die Polizisten bedroht hätten, um den Bau des Gotteshauses zu verhindern. Doch Mossin versichert uns später, dass in Wirklichkeit Kuwaschew und Altuschkin, indem sie den Park zum Baugelände undefinierten und von bewaffneten Spezialeinheiten sowie Schlägern aus Altuschkins Kampfsportklub abriegeln ließen, auf Repression gesetzt hätten. Nur die eskalierende Zahl der Demonstranten, die freundschaftliche, ja festliche Stimmung unter ihnen – und dass Präsident Putin sich für eine Bürgerbefragung aussprach – hätten, so Mossin, das von Kuwaschew angesteuerte Gewaltszenario verhindert.

Bei Angehörigen der russischen Elite gehört Frömmigkeit zum guten Ton, viele von ihnen suchen bei einem Einsiedlermönch oder „Starez“ geistliche Stärkung oder pilgern nach Griechenland zu den Athos-Klöstern. Der Bau einer pompösen Kirche sei wie die Eintrittskarte zum inneren Kreis um Putin, sagt der oppositionelle Journalist Fjodor Krascheninnikow, mit dem wir uns in einem Jekaterinburger Café unterhalten. Krascheninnikow bezeichnet Russlands Athos-Bruderschaft als eine Art Freimaurerloge für Superreiche. Das Kir-

## Nur Rohstoffkolonie?

Stadt der Teufel: Jekaterinburg, leicht östlich der vorgestellten Trennlinie zwischen Europa und Asien gelegen, wird zum Wegweiser der russischen Bürgerbewegung.



Giftiger Sound: In der Aktion „Kollektor“ werden die ausströmenden Gase von Karabasch in Klänge übersetzt.

Foto Khs

chenbauprojekt sei wichtig für die Geschäftsinteressen von Altuschkin und Kosizyn gewesen und hätte die Autorität des Metropoliten Kirill innerhalb der Kirchenhierarchie erhöht. Religiöse Bedürfnisse im säkular geprägten Jekaterinburg hätten keine Rolle gespielt. Tatsächlich sind die Gottesdienste in den vielen Kirchen im Stadtzentrum nur mäßig besucht.

Die Krise im Verhältnis zum der Jüngeren zur Kirche veranschaulicht der Fall

der Kinderchorleiterin Anna Baltina, die zur Strafzahlung von dreihundert Euro verurteilt wurde, weil sie während der Proteste in sozialen Netzwerken einen Aufruf zum Parkspaziergang geteilt und damit nach Ansicht des Gerichts zu einer nicht genehmigten Kundgebung aufgerufen hatte. Sie sei nicht bei den Demonstrationen gewesen, habe nie protestieren wollen und sich stets als orthodoxe Christin verstanden, bekennt die ökologisch engagier-

te Baltina bei einem Treffen in der Philharmonie. Doch seit die Kirche Arm in Arm mit der politischen Führung und Oligarchen mit dem Kirchbau eine reine Machtgeste habe durchsetzen wollen, sei sie sich da nicht mehr sicher. Baltina, die mit Gleichgesinnten wilde Müllhalden im Jekaterinburger Stadtwald aufgeräumt hat, findet, dass es für finanziell potente Leute mit spirituellen Ambitionen wie Altuschkin in der Wachstumsregion viel zu tun

gebe. Man könnte etwa den städtischen Teich sanieren oder die mangelhafte Wasserreinigung verbessern. Und mit dem Beton, der im Park verbaut werden sollte, hätte Altuschkin lieber die Schächte seiner Kupfer- und Zinkmine bei Sibai im Südrural fixieren sollen, deren Ausdünstungen die ganze Stadt krank machten.

Der Idealismus der urbanen Intelligenzia befeuert auch in Russland die Umweltbewegung. Eine Jekaterinburger Vertreterin ist die Öko-Ingenieurin der städtischen Baubehörde Anna Frolowa, die den Kirchenbau in der geplanten Form ebenfalls ablehnte. Frolowa betreibt Mülltrennung in einer Bürgerinitiative, die zu einem die Ural-Region umspannenden Netzwerk gehört, und sammelt Altpapier zur Wiederaufbereitung. Unter den Umwelt-Aktivistinnen seien viele Bohème-Typen von ausgefallenem Äußeren, bezeugt die bescheidene Frau, aber allen sei eine freundliche, positive Haltung gemeinsam, Aggressivität finde man in dieser Community praktisch nicht.

Dass der Gouverneur und der Präsidentenvertreter von Moskau ernannt werden, um dann wieder wegzuziehen, dass Oligarchen sich Standbeine im Westen aufbauen, bestärkt viele Hiesige in dem Gefühl, dass die Elite ihr Land als Rohstoffkolonie betrachtet. Das Atelier der Medienkünstlergruppe „Wohin die Hunde rennen“ (Kuda begut sobaki) befindet sich unmittelbar neben dem Palast des Präsidentenvertreter, für den eine historische Häuserzeile abgerissen wurde, der aber immer leer stehe, wie die Künstler Alexej Korsuchin, Natalja Grechowa und Olga Inosemzewa versichern. Die Gruppe, die sich an den Protesten im Park beteiligte, behandelt oft Umweltthemen. Bei ihrer Aktion „Kollektor“ (Sbortschtschik) zogen die drei mit einer tragbaren Apparatur, die Gasmischungen in spezifische Klänge übersetzt, ins ökologische Katastrophengebiet um die hundertfünfzig Kilometer südlich von Jekaterinburg gelegene Stadt Karabasch, das eine von Altuschkin betriebene Kupfermine in eine Mondlandschaft verwandelt hat. Das Wasser des dortigen Flusses Sak-Jelga leuchtet durch chemische Rückstände orangefarben. Daher forderte, so Grechowa, bei den Demonstrationen im Park ein sarkastischer Künstlerkollege, den Kirchenkoloss doch lieber in Karabasch zu errichten.

Die Proteste im Park zeugten von einem völligen Vertrauensverlust in die Politik, hört man in Jekaterinburg immer wieder. So auch von dem Politologen und Kulturtheoretiker Dmitri Moskwin, der zugleich beklagt, dass Investoren wie Bewohner heute kaum etwas über ihre Stadt wüsten. Deswegen veranstaltet er Stadttouren für Investoren und Zuzügler, die verschüttetes Wissen über urbane Codes, über die Industriegeschichte und Stadtteile Jekaterinburgs reanimieren und helfen sollen, ein soziales Gewebe zu knüpfen. Der im ganzen Ural vernetzte, charmante Moskwin ist eine regionale Berühmtheit. Auch er glaubt, dass die Bürgerbewegung von Jekaterinburg für ganz Russland wichtig sei, erblickt in ihrer Führerlosigkeit jedoch auch eine Schwäche, weil alle politischen Institutionen kaputt seien. Mit Sorge verfolgt Moskwin die Debatten von Bürgerrechts- und Öko-Aktivistinnen um die beim Kernkraftwerk von Belojar, 45 Kilometer vor Jekaterinburg, geplante und im Prinzip genehmigte Wiederaufbereitungsanlage sowie um die fortgesetzte Veräusserung der Region durch Abfälle der überarbeitenden Industrie. Diese Dinge könnten, fürchtet Moskwin, Proteste auslösen, gegen die der Kampf um den Park sich buchstäblich wie ein Picknick ausnehmen wird.

KERSTIN HOLM

## Hairlich

N eulich erzählte jemand, es gebe Friseure, bei denen man reden dürfe, über Probleme, über die Welt, man zahle einfach etwas mehr und könne endlich mal etwas herauslassen, was ja im täglichen Leben so schwierig, meistens sogar unmöglich sei, der fehlenden Wärme wegen. Aber Friseure können nicht nur reden, sondern auch schreiben. In kleinen, mittleren und großen deutschen Städten haben sie mit den Namen ihrer Salons eine eigene urbane Poesie geschaffen. Diese reicht von originell bis blödsinnig, von einfältig bis haarsträubend. Zusammensetzungen mit „Haar“ und „Schnitt“ sind, was wenig überrascht, die häufigsten. Aus dem guten alten Hair-Stylisten, den man kaum noch sieht, ist in Berlin zum Beispiel die „Haarwerkstatt“ geworden, gar die „Haarmanufaktur“. Witziger, aber auch großsprecherischer ist der „Haarchirurg“, und einer kam allen Ernstes auf die Bezeichnung „Haararena“. Alle vier Beispiele fallen in eine Kategorie, die der Schriftsteller Eckhard Henschel in einem unsterblichen Buch der neunziger Jahre „Dummedeutsch“ genannt hat – die tendenziell schwachsinnige neudeutsche Kombination zweier Elemente, die nicht zusammengehören, aber um des modischen Effekts willen zusammengepappt werden wie in „Erwins Eisenecke“, „Veras Wollstation“ oder „Babsis Backbasar“, wobei wir gar nicht von Schreibungen wie „Erwin's“, „Vera's“ oder „Babsi's“ sprechen wollen, das wäre ein ganz anderes Thema. Soweit diese Unterabteilung. Typischer sind Friseurulden wie „Haarzeiten“, „Haut und Haar“ oder – besonders kühn – „HaarMoni“. Man sieht geradezu vor sich, wie die Moni sich was hat einfallen lassen, um auf der Locke Glatzen zu drehen oder umgekehrt. Beim Schneiden und Legen machen wir es kurz: Es gibt Friseure namens Abschnitt, Schnittstelle, Schnittweise, Schnittzeiten und Schnitt-Effekte, die beiden letzteren in Wuppertal. Oder der Friseur Rhein-schnitt in Köln-Lindenthal. Sicherlich auch Feinschnitt irgendwo. Eher kein Grobschnitt, das wäre schlecht fürs Geschäft. Französisch gibt es übrigens kaum noch, die feinen Zeiten sind vorbei, doch an Tête à porter aus München kommt man nicht vorbei. Wir sind längst im tiefen Sumpf der Wortspiele und Kalauer, nicht immer gut, aber dafür häufig. In Berlin also gibt es die „Lockenvilla“, aber auch märchenhafte Kreationen wie „Engelshaar und Teufelslocke“ oder „für die Härteren unter uns“, „James Blond“. Prenzlauer Berg war schon immer eine besondere Gegend, da lautet der „Kopfgeldjäger“, und wen es zu sehr gruselt, der geht zwei Straßen weiter zum „Friseur Hairlich Natürlich“. Mein syrischer Friseur Firas übrigens hat seinen Laden in Berlin „Therese Beauty Center“ genannt, auch eine Option. Therese hieß er schon damals in Qamischi, zweihundert Kilometer nordwestlich von Mossul, bevor Firas wegen erschwelter Geschäftsbedingungen umziehen musste. Auf seiner Geschäftskarte sieht man ein lachendes syrisches Brautpaar, vermutlich damals in Qamischi, aber das waren noch andere Schnittzeiten. P.I.

## Die verachtete Bevölkerung der DDR

Weshalb der Leipziger Herbst 1989 nicht in dualistische Weltbilder passt – eine Erwiderung / Von Detlef Pollack

W em gehört die friedliche Revolution von 1989 in der DDR? Nicht der kleinen Schar Oppositioneller, die es im Herbst 1989 in der DDR gab – das ist meine These. Nach unterschiedlichen Zählungen gab es vor den Herbstereignissen im Sommer 1989 in Leipzig zwanzig bis fünfundzwanzig oppositionelle Gruppierungen mit in der Regel etwa fünfzehn bis zwanzig Mitgliedern. In den Jahren zuvor hatten diese Friedens-, Gerechtigkeits- und Umweltgruppen immer wieder versucht, die Bevölkerung zu mobilisieren. Bis September 1989 vermochten sie, bis auf eine Ausnahme, allerdings nie mehr als zwei- bis dreihundert Personen zur Teilnahme an den von ihnen veranstalteten Demonstrationen zu motivieren.

Zwischen dem Einzelprotest dieser Oppositionsgruppen und der Demonstrationenbewegung im Herbst 1989 ist, was Dynamik, Trägergruppen und Motive angeht, deutlich zu unterscheiden. Aus den September- und Oktobertagen des Jahres 1989 existiert von den oppositionellen Gruppen in Leipzig nicht ein einziger Aufruf zum öffentlichen Protest. Das ist wahrscheinlich kein Zufall, denn die am Wochenende des 9./10. September in Grünheide bei Berlin tagenden Initiatoren des Neuen Forums wollten ihre Arbeit auf legale Grundlagen stellen. Am 19. September beantragten sie die Zulassung des Neuen Forums als offizielle Vereinigung. In dieser Situation wäre es strategisch unklug gewesen, sich auf die Seite der kriminalisierten Demonstranten zu stellen. Ohnehin verstanden sich die allermeisten Oppositionellen keineswegs als Feinde der DDR: Sie wollten den Sozialismus nicht abschaffen, sondern reformieren. Noch am 26. Oktober, als die Zahl der Demonstranten in Leipzig bereits auf mehr als dreihunderttausend angewachsen war, behauptete Sebastian Pflugbeil, das Neue Forum sehe die Demonstrationen „sehr kritisch“.

Der Mut, die Ausdauer, die Entbehrungen der wenigen Oppositionellen, die es in der DDR gab, sollen nicht herabgesetzt werden. Im Gegenteil. Ihr oft über Jahre hinweg aufrechterhaltener Protest bedarf gerade wegen seiner weitgehenden Vergleichen der Würdigung. Es wäre aber falsch zu behaupten, die Oppositionellen hätten den Protest in Leipzig organisiert, an seiner Spitze gestanden und ihn aus der Kirche auf die Straße getragen. Das wird schon daran deutlich, dass einer Studie von Karl Dieter Opp und Peter Voß („Die volkseigene Revolution“, Klett-Cotta 1993) zufolge die Wahrscheinlichkeit, sich an den Demonstrationen zu beteiligen, unter den Oppositionellen nicht höher war als in der Leipziger Gesamtbevölkerung und in Sportgruppen sogar höher lag.

### „Wir bleiben hier“

Auf der Montagsdemonstration am 4. September 1989 protestierten die Oppositionellen mit dem Plakat „Für ein freies Land mit freien Menschen“, unter ihnen Gesine Oltmanns und Katrin Hattenhauer, die dafür einige Wochen ins Gefängnis kam. Hinter ihnen und neben ihnen aber zeigen die Aufnahmen der ARD die „Normalos“ mit ihren Schnaubbärten und die Ausreisewilligen, die lautstark skandierten „Wir wollen raus“. Die Oppositionellen reagierten darauf eine Woche später mit „Wir bleiben hier“. Das zu rufen war sinnvoll, denn mit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze und der Abwanderung von Tausenden DDR-Bürgern in den Westen war das Bleiben tatsächlich zu einer Option geworden. Die Dynamik des Protests aber ging von den Ausreisewilligen aus, während die Opposition reagierte. In einem der Interviews, die eine Gruppe von Studenten der Theologie mit dreißig führenden Oppositionellen 1990 in Leipzig und Berlin unter meiner Leitung durchgeführt hat, erklärte Joachim Läßig vom

Arbeitskreis Gerechtigkeit, einer der wichtigsten Oppositionsgruppierungen in Leipzig: „Die ersten Demonstrationen waren ja nicht direkt von uns organisiert. Von Ausreisern gingen die los. Da sind wir nur mitgelaufen.“

Den Beitrag der „normalen“ Bevölkerung will Ilko-Sascha Kowalcuk indes nicht sehen (F.A.Z. von gestern). Sie kommen in seinem Beitrag als die vor, die hinter der Gardine stehen und abwarten. Ohne ihre spontane Bereitschaft, sich auf den Platz des Protestes zu begeben, wären die Massendemonstrationen in Leipzig jedoch nicht zustande gekommen. Keine der Oppositionsgruppen hatte sie dazu gerufen. Dazu hätten sie auch gar nicht die medialen Möglichkeiten gehabt. Allerdings hielten die Oppositionellen über Jahre an den Friedensgebeten fest. Wer protestieren wollte, wusste, wo er sich einzufinden hatte: montags um 17 Uhr in der Nikolaikirche. Dieser Ort bildete den Kristallisationspunkt, an den sich die Massenproteste anlagern konnten.

Die begrenzte Bedeutung der Opposition für die Demonstrationenbewegung in der DDR präziser herauszuarbeiten war das Anliegen meines Beitrags (F.A.Z. vom 12. Juli). Doch um historische Genauigkeit geht es Ilko-Sascha Kowalcuk nicht. Ihm kommt es auf Deutungshehoheit an. Deshalb beschwört er den Konsens der Forschung seit dem Jahr 2009, dem Jahr, in dem sein Buch über das Ende der DDR erschien – einen Konsens, der allenfalls in einer Gruppe von Gleichgesinnten besteht, die sich in ihren Arbeiten der Aufgabe verschrieben haben, den Nimbus der DDR-Opposition hochzuhalten. Deshalb arbeitet er mit eindimensionalen Schwarz-Weiß-Schematisierungen – dort die Minorität der Wasserträger des Systems, zu denen Gregor Gysi zählt, auf der anderen Seite die kleine Schar der aufrechten Widerständler, deren Bedeutung es

herauszustellen gilt, während für das „Volk“ kein Platz bleibt. Deshalb zieht er meine Person in seine Auseinandersetzung mit meiner wissenschaftlichen Position hinein und schlägt mich kurzerhand auf die Seite von Gregor Gysi und Genossen. Offenbar meint er, seine Auffassung in dem Streit darum, wie es 1989 denn nun gewesen ist, dadurch stärken zu können, dass er die Person dessen, der andere Auffassung ist, zu beschädigen versucht.

### Oppositionelle und Normalos

Ja, ich hatte im Oktober 1989 die wunderbare Gelegenheit – gewiss ein Privileg –, in die Schweiz fahren zu dürfen. Ein Stipendium des Theologischen Seminars der Universität Zürich erlaubte es mir, am 8. Oktober gen Zürich zu reisen. In den heißen Wochen zuvor war ich in Leipzig. Ohne den heldenhaften Mut der Oppositionellen gehabt zu haben, besuchte ich doch die Friedensgebete in der Nikolaikirche, stand mit den Oppositionellen, den Ausreisewilligen und den Normalos nach den Gebeten auf dem Hof der Nikolaikirche und beteiligte mich an den ersten Demonstrationen, an denen erst einige Hundert, dann mehrere tausend teilnahmen. Im Juni desselben Jahres war ich in Bielefeld. Niklas Luhmann, über den ich meine Proportion verfasst hatte, hatte mich mit einem vom DAAD geförderten Stipendium nach Bielefeld eingeladen. Reisen in den Westen waren an den theologischen Fakultäten und in Kirchenkreisen in der Spätphase der DDR nichts Außergewöhnliches. Für mich war es die erste Reise ins andere Deutschland. Überraschenderweise war es mir Jahre zuvor gelungen, Niklas Luhmann, den konservativen Vertreter der spätbürgerlichen Soziologie, wie es in der DDR hieß, zu einem Vortrag nach Leipzig zu holen. Es wäre mir nicht im Traum eingefallen, die Gegeneinladung

des Bielefelder Meisterdenkers, meines soziologischen Heros, auszuschlagen.

Die Verachtung der Bevölkerung der DDR war stets ein Problem, das die Arbeit der Opposition erschwert hat und die ihr nahestehende Forschung bis heute zu einseitigen und moralisch aufgeladenen Urteilen führt. Die Haltung der Oppositionellen ist indes verständlich. Erst war es über Jahre nahezu unmöglich, die Bevölkerung mit den eigenen Anliegen anzusprechen, dann strömte sie auf einmal ungerufen auf die Straße. Zu allem Unglück verhielt sich das „Volk“ ganz anders als erwünscht: Während die Oppositionellen noch lange an einem dritten sozialistischen Weg in der DDR festhielten, sorgten die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sehnsucht nach Konsum und Freiheit und ihrem Ruf „Wir sind ein Volk“ für den Durchbruch. Es waren dann erneut diese Normalos, die 1990 zum Verdruss der ostdeutschen Oppositionellen (und vieler westdeutscher Intellektuellen) die Vollendung der Revolution ermöglichten, indem sie nicht die Partei der Oppositionellen, sondern mit überwältigendem Vorsprung die CDU und damit die deutsche Einheit wählten.

Historiker und Sozialwissenschaftler hingegen sollten mehr Abstand zu ihrem Forschungsgegenstand wahren. Wer wie Ilko-Sascha Kowalcuk die DDR-Geschichte unter dem moralischen Imperativ betrachtet, ob man Widerstand geleistet hat und ob der Widerstand auch radikal genug war, und diejenigen, die nicht im Widerstand waren, zu den Verteidigern des Systems zählt, die Geschichte der DDR also als Kampf zwischen zwei Minoritäten nacherzählt, wird von den Lebensverhältnissen in der DDR und auch von ihrem Ende eher wenig zu Gesicht bekommen. Auch der Kampf der Opposition war verzwickter, als mit einem solchen dualistischen Weltbild zu fassen ist.

Der Autor lehrt Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.